



Ausgabe: März 2019

Demokratie-Newsletter

Überblick: Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie aktuelle Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht werden aufgeführt.

1. Allgemeines zum Thema «Demokratie»	2
2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen.....	2
3. Gerichtsurteile	3
3.1 Bundesgericht	3
3.2 Kantonale Entscheide	4
3.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	4
4. Amtliche Informationen.....	4
5. Neue Volksinitiativen	5
6. International.....	5
7. Publikationen	6
8. Dokumentation und Kontakt.....	7

Neue Volksinitiativen: In diesem Monat überstanden mehrere Volksinitiativen die Vorprüfung der Bundeskanzlei. Die Kontrollschildinitiative ist als allgemeine Anregung formuliert und verlangt, das Design der Kontrollschilder für Motorfahrzeuge und Anhänger so anzupassen, dass keine Notwendigkeit mehr besteht, einen CH-Aufkleber anzubringen.¹ Die E-Voting-Moratorium-Initiative will die Verwendung elektronischer Verfahren zur Stimmabgabe verbieten.² Allerdings kann das Verbot durch die Bundesversammlung aufgehoben werden, wenn gewährleistet ist, dass mindestens die gleiche Sicherheit gegen Manipulation wie bei der handschriftlichen Stimmabgabe besteht.³ Schliesslich verlangen die Biodiversitätsinitiative⁴ und Landschaftsinitiative⁵ einen besseren Schutz der Landschaft und Umwelt.

¹ [BBI 2019 1899](#).

² [BBI 2019 2077](#). Art. 39 Abs. 1^{bis} E-BV.

³ Art. 137 Ziff. 12 Abs. 2 E-BV.

⁴ [BBI 2019 2495](#).

⁵ [BBI 2019 2499](#).

1. Allgemeines zum Thema «Demokratie»

- NZZ 01.03.2019, Nr. 50, S. 13
Schädliche Instant-Gesetzgebung – Die hyperaktive Legislative.
- NZZ 06.03.2019, Nr. 54, S. 10
Schweiz und EU – Direkte Demokratie und das Rahmenabkommen
(Gastkommentar von Thomas Pfisterer).
-  19.03.2019, Nr. 65, S. 23
«Junge sind motiviert» – GLP und BDP wollen, dass schon 16-Jährige
wählen und abstimmen dürfen.
- NZZ 21.03.2019, Nr. 67, S. 10
Verordnungsveto – Unnötig und verfassungswidrig (Gastkommentar von
Georg Müller).
- NZZ 29.03.2019, Nr. 74
- Kantone im Abstimmungskampf – Einbringen, wer sich einbringen
will. (S. 11)
- Online-Tools für politische Mitbestimmung sind Mauerblümchen.
(S. 15)
- NZZ 30.03.2019, Nr. 75, S. 13
Das E-Voting erleidet einen weiteren schweren Rückschlag – Für die
Abstimmung vom 19. Mai steht das elektronische Abstimmungssystem
der Post in vier Kantonen nicht zur Verfügung.
-  30.03.2019, Nr. 75, S. 5
Wegen Sicherheitslücken nimmt die Post ihr E-Voting-System vom Netz.

2. Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- NZZ 02.03.2019, Nr. 51, S. 15
Die Wirtschaft befürchtet erpresserische Klagen – Die grossen Verbände
lehnen den Gegenvorschlag zur Initiative über die Konzernverantwortung
einheitlich ab.
-  12.03.2019, Nr. 51, S. 6
Parlament verwirft Wohninitiative.
- NZZ 16.03.2019, Nr. 63, S. 16
Vor Behörden soll der Schleier fallen – Der Bundesrat hält an seinem Gegen-
entwurf zur Burka-Initiative fest.

NZZ 27.03.2019, Nr. 72, S. 18
Die ungemütliche Volksinitiative zu einem höheren Rentenalter – Die Unterschriftensammlung startet Anfang April – die grossen politischen Parteien haben Berührungspunkte.



27.03.2019, Nr. 72, S. 5
- Das grosse Schweigen der Kantone – Wegen eines Machtworts des Bundesgerichts dürfen sich die Kantone zum Steuer-AHV-Deal und zum Waffenrecht nicht äussern.
- Zwei Initiativen zum Schutz der Umwelt.

3. Gerichtsurteile

3.1 Bundesgericht



Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 12. Februar 2019 ([1C_24/2018](#))
Politische Rechte – Kantonale Volksabstimmung vom 4. März 2018 betreffend den Kantonsbeitrag an die Projektierung und Realisierung des Trams Bern-Ostermündigen. Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es eintritt und die Beschwerde nicht gegenstandslos geworden ist.



Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 13. Februar 2019 ([1C_174/2018](#)) (franz.)
Politische Rechte – Beschwerde gegen die Gültigkeitserklärung der kantonalen Volksinitiative «Construisons des logements pour toutes et tous: Une priorité en période de pénurie!» (Initiative 162) durch den Genfer Staatsrat. Das Bundesgericht lehnt die Beschwerde gegen den Entscheid des Genfer Kantonsgerichts («Chambre constitutionnelle») ab.



Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 26. Februar 2019 ([1C_91/2019](#)) (ital.)
Politische Rechte – Wahl des Tessiner Staatsrates («Consiglio di Stato») für die Legislaturperiode 2019-2023 (Wahlvorschläge). Beschwerde gegen die Ablehnung einer Kandidatur durch den Staatsrat. Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gut und hebt den Entscheid des Staatsrates auf. Das Bundesgericht weist die Regierung an, die Kandidatur der Beschwerdeführerin für die Wahl des Staatsrates am 7. April 2019 zu bestätigen.



Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 4. März 2019 ([1C_123/2019](#))
Politische Rechte – Abstimmungsbeschwerde gegen die kantonale Volksabstimmung vom 25. November 2018 in Basel-Stadt. Das Bundesgericht tritt auf die Beschwerde nicht ein.



Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 4. März 2019 ([1C_470/2018](#))
Politische Rechte – Beschwerde gegen die Ungültigkeitserklärung der kommunalen Initiative Rosegplatz⁶ durch den Vorstand der Gemeinde Pontresina GR. Das Bundesgericht weist die Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts GR ab.⁷

⁶ Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung.

⁷ Urteil des Verwaltungsgerichts Graubünden vom 10. Juli 2018 ([V 18 5](#)). Vgl. auch den Demokratie-Newsletter vom [Januar 2019](#).



Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts vom 4. März 2019 ([1C_346/2018](#))

Politische Rechte – Beschwerde gegen das Resultat der kantonalen Abstimmung vom 10. Juni 2018 («Loi modifiant la loi sur la caisse de prévoyance des fonctionnaires de police et des établissements pénitentiaires»). Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.

3.2 Kantonale Entscheide

Keine.

3.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)



Entscheid der UBI vom 14. Dezember 2018 ([b.793](#))

RTS strahlte im Rahmen der Nachrichtensendung «19:30» u.a. Beiträge zur Wahl von Dominique de Buman als Nationalratspräsident aus. In einer Popularbeschwerde wurde moniert, dass Nationalratspräsident Dominique de Buman einseitig positiv dargestellt worden sei. Die UBI weist die Beschwerde ab.

4. Amtliche Informationen



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 5. März 2019](#)

Nationale E-Government-Studie 2019 – Gemäss der repräsentativen Erhebung ist eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung der Ansicht, dass E-Voting allen Stimmberechtigten zur Verfügung stehen sollte.



[Medienmitteilung des Bundesrates vom 11. März 2019](#)

Juradossier – Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat am 5. März 2019 in Bern zum ersten Mal die Tripartite Jurakonferenz präsiert. Besprochen wurden namentlich die Massnahmen für eine allfällige Wiederholung der Abstimmung vom 18. Juni 2017 zur Kantonszugehörigkeit von Moutier, die Investitionen des Kantons Bern in Moutier sowie die Initiative «Réconciliation».



[Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 29. März 2019](#)

Die Bundeskanzlei nimmt Standortbestimmung zum E-Voting vor – Für die Abstimmung vom 19. Mai 2019 steht das E-Voting-System der Schweizerischen Post nicht zur Verfügung. Nach Abschluss des öffentlichen Intrusions-tests überprüft die Bundeskanzlei die Zulassungs- und Zertifizierungsprozesse für E-Voting-Systeme.



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Entwurf).

([BBI 2019 2581](#))

5. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen

- Initiativen im Sammelstadium ([15](#)) (+2)
- In Auszählung ([3](#)) (+3)
- Beim Bundesrat hängig ([3](#)) (-2)
- Beim Parlament hängig ([7](#)) (+1)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (+1)



Verfügung der Bundeskanzlei vom 19. Februar 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative «Integration des Landeskennezeichens in das Kontrollschild (Kontrollschildinitiative)» hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis zum 5. September 2020.⁸

([BBI 2019 1899](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 26. Februar 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)» hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis zum 12. September 2020.

([BBI 2019 2077](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 12. März 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)» hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis zum 26. September 2020.

([BBI 2019 2495](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 12. März 2019

Die Eidgenössische Volksinitiative «Gegen die Verbauung unserer Landschaft (Landschaftsinitiative)» hat die Vorprüfung überstanden. Die Sammelfrist läuft bis zum 26. September 2020.

([BBI 2019 2499](#))

6. International



04.03.2019, Nr. 52, S. 6

Her mit der Quote! – 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist der Anteil der Frauen im Bundestag so tief wie vor zwei Jahrzehnten. Nun sollen gesetzliche Quoten die Parität in deutschen Parlamenten herstellen.

⁸ Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung.

7. Publikationen



BERNHARD LAURENT/LAUENER LUKAS, VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 10. Februar 2019, Lausanne/Aarau/Luzern März 2019.⁹ ([Link](#))



BUCHER NEVIN MARTINA, Das Jugendvorstossrecht in den Gemeinden, Diss. Zürich 2018.



Bundesgerichtsurteil [1C_59/2018 und 1C_60/2018](#) vom 25. Oktober 2018, La Semaine Judiciaire 2019 I, S. 109 ff.¹⁰



Bundesgerichtsurteil [2C_1061/2017](#) vom August 2018, ZBI 120/2019, S. 138 ff.



FUHRER CORINA, Die Umsetzung kantonaler Volksinitiativen, Diss. Zürich 2018.



GRIFFEL ALAIN, Die nicht gestellte Frage zum Steuer-AHV-Paket, Republik vom 27. März 2019.



JOLLER ELISABETH, Darf Justitia ein Kopftuch tragen?, ZBI 120/2019, S. 115 ff.



Interview mit ANDREAS KLEY/RENÉ RHINOW, «Der Stimmbürger muss sich frei äussern können», Plädoyer 02/2019, S. 4 ff.

MUSLIU NAGIHAN, Die Umsetzung eidgenössischer Volksinitiativen, Diss. Zürich 2018.



Rechtsprechung der Direktionen und der Staatskanzlei im Jahresrückblick, BVR 3/2019, S. 138 ff.¹¹



RHINOW RENÉ, Die Einheit der Materie – ein Kompromisskiller?, ZBI 120/2019, S. 113 ff.

⁹ Vgl. auch NZZ vom 29.03.2019.

¹⁰ Vgl. auch den Demokratie-Newsletter vom November 2018.

¹¹ Insbes. Staatskanzlei, S. 150.



WALTER ANDRÉ/EMMENEGGER PATRICK, The Partisan Composition of Cantonal Governments in Switzerland, 1848-2017. A New Data Set, SPSR 25(1), S. 1 ff.

8. Dokumentation und Kontakt



- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
- Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



- Urteils- bzw. Entscheidsammlung des Bundesgerichts: [Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Felix Schiller, MLaw, LL.M.

Rechtswissenschaftliches Institut

Universität Zürich

felix.schiller@rwi.uzh.ch